

Hitlers Angst vor SA-putschgelüsten

Tagesbefehl an die SA und SS / Hamburger Nazifunktionäre verlassen die NSDAP

Der sozialdemokratische preussische Innenminister Severing kann mit Hitler zufrieden sein. Hitler hat in einem Tagesbefehl an die SA und SS bereits eine Antwort auf das offene Angebot Severings an die Nazis gegeben. Severing sagte am Dienstag, dem 1. Dezember, in der SPD-Kundgebung in der Albertshalle in Leipzig wörtlich nach dem Bericht der Leipziger Volkszeitung folgendes:

„Wenn die Nationalsozialisten nicht wollen, daß in Deutschland das politische Leben weiter vergiftet wird, wenn sie nicht wollen, daß der Staat ihnen gegenüber dieselben Mittel anwendet, die sie anzuwenden im Dritten Reich androhen, dann muß ich bitten, eine schnelle Wandlung ihrer agitatorischen Methoden vorzunehmen.“

Die Antwort Hitlers an die SA- und SS-Banden darauf lautet:

„Die nächsten Wochen werden eure Geduld und eure Selbstbeherrschung auf eine harte Probe stellen.“

Haltet die Ohren steif, behaltet die Nerven. Laßt euch nicht provozieren, laßt euch nicht verführen. Ganz von selbst mit gleichmäßiger Sicherheit wird uns das Schicksal die Gewalt in die Hand geben, bis dahin heißt die Zähne zusammen und erfüllt eure Pflicht.“

Hart und entschlossen, eifern und unerschütterlich nach außen, glühend und gläubig im Innern.“

Diesem schwülstigen Phrasen merkt man es an, in welchen Augen Hitler vor Putschgelüsten der SA schwebt. Aber gleichzeitig ist dieser Tagesbefehl eine Bestätigung dafür, daß die Vorheimer Putschdokumente echt sind, was dadurch noch besonders unterstrichen wird, daß der Völkische Beobachter in seiner gestrigen Ausgabe mitteilt, daß die im Zusammenhang mit dem Vorheimer Putschdokumenten genannten Naziführer Dr. West, von Davidjohn, Stabinoga und Waffung ihrer Ämter in der NSDAP entbunden sind.

Wie wenig die SA an die Phrasen Hitlers, daß mit „geschwächter Sicherheit das Schicksal der NSDAP die Gewalt in die Hand geben wird“ glaubt, geht aus der Tatsache hervor, daß eine Reihe nationalsozialistischer Funktionäre in Hamburg aus der Nazi-Partei ausgetreten sind und in einem langen Schreiben der Gauleitung Hamburg die Begründung ihres Austrittes mitgeteilt haben.

Diese Nazifunktionäre erklären in diesem Dokument folgendes:

„Diese 6 Jahre Wahlaktive der NSDAP haben ergeben, daß es unmöglich ist, nationalsozialistische Ziele mit den Mitteln dieses Systems zu vertreten.“

In diesem Dokument enthüllten die ehemaligen Funktionäre der NSDAP die Korruption und den Drang zur Futtertruppe, Geldsumwendungen von Seiten Hagap an die Hamburger Nazi-Partei sind keine Seltenheit. Weiter wird in dem Dokument bemerkt, daß für jeden Nazi-Abgeordneten für den Hamburger Senat der Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, der mit dem betreffenden Abgeordneten einverstanden war, 30.000 Mark zahlte. Eine ganze Reihe anderer Korruptionsfälle werden, mit Beispielen belegt, in diesem Dokument veröffentlicht.

Die Flucht dieser Nazifunktionäre aus der NSDAP ist symptomatisch. Viele ehrliche SA-Proleten wenden sich, angewidert von der kapitalistischen Politik der Führung der NSDAP, von dieser Partei ab. Diese ehrlichen SA-Proleten gilt es zu gewinnen, aber gegen den Faschismus, gegen den blutigen Naziterror der NSDAP muß die rote Einheitsfront aller Werktätigen hergestellt werden.

Hitler fährt nach Rom

Der Chefredakteur des Völkischen Beobachters, Rosenberg, ist in London eingetroffen, wo er bereits mit konservativen Politikern in Verbindung getreten ist. Gleichfalls wird bekannt, daß zwei weitere Nationalsozialisten, Dr. Nieland und Strieger, in Italien eingetroffen sind und werden in Rom von offizieller Seite, vielleicht von Mussolini, empfangen werden.

Rohlenferien in Sicht!

Werttätige Eltern, zur Abwehr heraus! Bildet zentrale Kampfausschüsse / Volkssturm gegen Kindernot

Ein neuer, unerhörter Anschlag auf alle Kinder der Werttätigen steht bevor. Was wir Kommunisten seit Monaten vorausgesehen haben, ist beschlossene Sache.

Das preussische Kultusministerium hat, wie der „Dortmunder Generalanzeiger“ berichtet, beschlossen, sämtliche preussischen Schulen in der Zeit vom Januar bis Februar 1932 auf vier bis sechs Wochen zu schließen.

Um sich hinter der Reichsregierung Brüning bedecken zu können, betreibt die preussische Koalitionsregierung der Braun, Severing, Klepper und Grimm die Ausdehnung dieser Notverordnung auf das ganze Reich.

Diese Rohlenferien sollen durch Kürzung der Ferien im Sommer wieder eingebracht werden.

Die Rohlenferien wachsen in den Winterhimmel und eure Kinder will man in der schlimmsten Kältezeit in die kalten ertelichen Elendswohnungen sperren. Im Sommer sollen sie dann das Veräumdete nachschicken.

Bier Millionen in Preußen, neun Millionen im Reichsmarschallat sollen den frierenden Kindern eingespart werden, während Milliarden aus Staatsmitteln in die Taschen bankrotter Bank-, Industrie- und Agrarmagnaten, der Großpensionäre und verlagten Landesfürsten fließen. Polizei, Heer, Justiz und Kirche weitere Milliarden verschlingen.

Dieser ungeheuerliche Plan ist in aller Stille im Ministerium des religiösen Sozialisten Grimm ausgeheckt worden. Heraus, werttätige Eltern, heraus, ihr Arbeiterkinder, heraus, ihr Lehrer, zum Abwehrkampf!

Das ist kein Anschlag, der Eltern und Schule allein angeht, hier wird das ganze werttätige Volk in seiner jüngsten Generation getroffen. Daher müssen alle Massenorganisationen und die Betriebe auf den Plan treten.

Überall in Stadt und Land müssen sofort zentrale Kampfausschüsse zusammentreten, gebildet aus Eltern, Lehrern und Kindern aller Schulen, aus

Das Gerücht, daß auch Hitler einen Besuch in Rom machen würde, wurde in einer derartigen Form demontiert, daß man es tatsächlich mit einer Bestätigung zu tun hat.

„Es sei nicht ausgeschlossen, daß Hitler, sobald ihm dies erforderlich erscheint, sich ebenso wie auch nach anderen Hauptstädten nach Rom begeben wird.“

So machen die Naziführer den Unterdrückten der Deutschen in Südtirol ihre Aufwartung.

Brüning hat keine Zeit für SPD

Berlin, 4. Dezember. (Eig. Meldung.)

Die sozialdemokratischen Führer sind mit ihrem Versuch, einen neuen Witzgang zu Brüning zu machen, abgeblüht. Nach einer offiziellen Mitteilung „ist der Versuch auf unbestimmte Zeit verschoben worden, da voraussichtlich auch heute der Reichskanzler keine Zeit für diese Besprechungen haben wird“. Selbstverständlich werden die Sozialdemokraten auch trotz dieser Dürre die Notverordnungspolitik weiter stützen.

Kommunistische Landtagsfraktion prangert an:

Gächsische SPD deckt Brüning-Dittat

Tagesnot und Naziterror darf nicht diskutiert werden / Schied „bau“ - nur im Winter Fort mit diesem Landtag! Einzeichnen zum roten Volksbegehren!

Dresden, den 4. Dezember.

Die gestrige Landtagssitzung zeigte mit aller Deutlichkeit, daß sich dieses Haus tatsächlich nicht einmal mehr zu einer Stellungnahme zu Fragen auftraffen kann, die Notfragen der sächsischen Bevölkerung behandeln. Auf der Tagesordnung stand neben der Wahl einiger Beisitzer zur Gemeindevorstandung und eines Mitgliedes zum Landesparlament die Vorlage der sächsischen Regierung über den Entwurf eines zweiten Gesetzes zur Veränderung des allgemeinen Baugesetzes.

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zu einer Zeit behandelt, wo nicht nur die Reichsregierung, sondern auch die sächsische Landesregierung durch Notordnungen alle Bautätigkeit einstellte. Wie lange diese Einstellung dauern soll, das kommt selbst durch die Ausführungen der Vertreter der Reichsregierung zum Ausdruck und zwar für das erste bis zum Frühjahr 1932.

Dem Landtage liegen seit einer geraumen Zeit eine Anzahl Anträge vor, vor allen Dingen solcher Artträge, die sich nicht

Mittelung, daß die Finanzminister der Länder telegraphisch Berlin zur Verhandlung mit der Reichsregierung gerufen worden sind. Die kommunistische Fraktion beantragt deshalb diesen, noch nicht gedruckt vorliegenden Antrag mit auf Tagesordnung zu nehmen und zu beraten. Gegen diesen Antrag kann kein Bedenken bestehen, da auch bei früheren Gelegenheiten noch nicht gedruckt vorliegende aber dringende Anträge mit zur Beratung gestellt wurden.

Der sozialdemokratische Präsident Wedel ließ sich nicht abstimmen, da es geschäftsordnungsmäßig und nach dem Beschluß des Vertretersausschusses „nicht angeht“ sei. Er zeigte sich mit aller Deutlichkeit, daß, wiewohl verfassungsmäßig und auch geschäftsordnungsmäßig die Behandlung möglich ist, die Sozialdemokraten durch ihren Präsidenten eine Behinderung der selbst noch bürgerlichen Preisermäßigungen in Form von Notverordnungen unmöglich machten. Gegen die erklärten Anträge wurde aus der Mitte der Wirtschaftspartei überboten

Achtung! Amtliche Bestätigung! Achtung!

Wir erziehen unbedingt alle Instruktionen, umgehend die amtlichen Bestätigungen über die Zustellung der Zeichnungslisten an die Bezirksleitung einzufenden. Die Bezirksleitung will an alle Gemeinden, von denen eine Bestätigung nicht vorliegt, nochmals Einzeichnungslisten schicken. Ihr erspart uns dann also Arbeit! Schickt schnell die Bestätigungen an uns ein!

nur mit der wirtschaftlichen Not des sächsischen Volkes, sondern auch mit den Terrormaßnahmen der Nazis und der Haltung der Schied-Polizei gegenüber der werktätigen Bevölkerung beschäftigen.

Deshalb beantragte im Namen der kommunistischen Landtagsfraktion

Genosse Renner,

die Anträge über Polizeimaßnahmen, Heranziehung der Technischen Röhre und Eingliederung der Lehrlinge im sächsischen Kreiswert Köhler bei den Lehrgängen derselben, sowie einen Antrag der Kommunisten, die Gehälter der Beamten für den Monat Dezember voll auszahlen, mit auf die Tagesordnung zu nehmen. Am Sitzungstage selbst, erklärte Genosse Renner, haben wir noch einen Antrag gegen die neueste in Vorbereitung befindliche Notverordnung eingereicht. Durch die Presse geht die

erhoben und deshalb konnten diese ebenfalls nicht bedacht werden.

Bei den nunmehr stattfindenden Wahlen zur Gemeindevorstandung wie zum Landesparlament trat in Erscheinung, daß die sogenannte demokratische Mitte, die bei der Landtagswahl ein solch eigenartiges Präsidium zustande brachte, ausgemerzt gefallen war. Diesmal wurde kein Sozialdemokrat amtlich ausgeschiedenen Beisitzer, die den bürgerlichen Parteien angehören, gewählt. In den Landesparlament wurde das bisherige Mitglied Kauch (SPD) nicht wieder gewählt.

Die Bundesgenossen des Herrn Wedel wählten diesmal Abwehrlos Nazifaschisten. Die Kommunisten machten zu den Körperschaften ihre eigenen Vorschläge die von dem ersten Schied-Nazi-Blod abgelehnt wurden.

Die Beratung des Baugesetzes ließ alle Parteien markieren. Größtenteils, daß dieses Baugesetz vorgelegt wurde nachdem die gesamte Bautätigkeit in Sachsen eingestellt ist.

Zum Baugesetz vertrat den Standpunkt der Kommunisten der Genosse Breitenborn. In seinen Ausführungen stellte er allen Dingen folgende Forderungen zum Bauarbeiterchutz: Einstellung von Bauamtstrasseuren aus den Reihen der Bauarbeiter; Wahl derselben in öffentlichen Bauarbeiterversammlungen; Umwohn; und darüber hinaus Ausstattung der Bauarbeiter mit Feuer aus den Reihen der Arbeiterklasse mit Polizeibefugnisse; kein Vertreter der anderen Parteien hat ein Wort zum Bauarbeiterchutz bei der Beratung des Baugesetzes verloren.

Als bei den Schlussausführungen der Genosse B. die Zahlen aufforderte, aus dieser Landtagssitzung zu lernen und in den nächsten Tagen den letzten Werttätigen aufzufordern, sich einzzeichnen für das rote Volksbegehren, herrschte starker Beifall auf den Tribünen.

Der Landtag tritt am 16. Dezember mittags 13 Uhr in den nächsten Plenarsitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge über Polizei und Naziterror.

SPD-Antrag gegen neues Brüning-Diktat

Antrag

Wie aus Preisermäßigungen ersichtlich, wird die Reichsregierung am Sonnabend eine neue Notverordnung erlassen, wodurch die Beamtengehälter um weitere 10 Prozent abgebaut werden sollen. Dazu steht die Notverordnung eine Zehrfachung des Einkommens vor, sie bringt neben anderem eine Erhöhung der Einkommensteuer um 1/2 Prozent, das bedeutet, daß die Warenpreise steigen werden. Da durch die letzte Notverordnung der sächsischen Regierung die Gehälter der Beamten schon tiefer als die Gehälter der Reichsbeamten gesenkt sind, wird der neue Abbau der sächsischen unteren und mittleren Beamten besonders hart treffen. Die Reichsregierung hat für heute die Verhandlungen zur Besprechung der neuen Maßnahmen gegen die arbeitenden Massen zusammenberufen. Der Landtag hat schon mehrfach gegen die Notverordnungen Stellung genommen.

Wir beantragen:

- den sächsischen Finanzminister telegraphisch anzuweisen, gegen die Notverordnung entschiedene Stellung zu nehmen;
- für Sachsen jeden weiteren Abbau der Gehälter der unteren und mittleren Beamten abzulehnen und jeden weiteren Abbau zu verweigern;
- in Sachsen die neue Notverordnung nicht zur Durchführung zu bringen.

Renner

und die übrigen Mitglieder der komm. Landtagsfraktion

Auch ein Arbeiterführer

Frid fordert 10 378 Mt. Pension

Weimar, 3. Dezember. (Eig. Meldung.)

In der letzten Sitzung des thüringischen Landtages erklärte Baum, daß Frid sich für die letzten neun Monate vom 1. April bis 31. Dezember 1931 noch nach Abzug aller Steuern netto 10 378 Mark als Pension hat auszahlen lassen. Er sei mit dem letzten Ministerkabinett in Thüringen unzufrieden gewesen und habe für sich noch eine Sonderpension verlangt.

Heute abend spricht Rußlanddelegierter Göhler im Keglerheim

Anfang 20 Uhr